

# Der sozioökonomische Hintergrund für das Wiederaufleben von Faschismus und Rassismus

ERNEST MANDEL

Den nachfolgende Expertenbeitrag hat der revolutionäre Sozialist, internationalistische Widerstandskämpfer und marxistische Wirtschaftswissenschaftler Ernest Mandel (1923-1995) für den 1985 vom Europäischen Parlament eingesetzten Untersuchungsausschuss „Zum Wiederaufleben von Faschismus und Rassismus in Europa“ verfasst. \*

Über die Ursachen des Wiederauflebens von Faschismus und Rassismus in Deutschland in der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg liegt eine sehr ausführliche Literatur vor (Deutschland wird als typischstes Beispiel für den Faschismus gewählt, typischer als der Faschismus in Italien oder Spanien). Wenngleich es zahlreiche Meinungsunterschiede zwischen Historikern und Politologen/Soziologen über die Gewichtung der einzelnen Faktoren gibt, die zur Erklärung der Entstehung des Dritten Reiches herangezogen werden, so herrscht doch breiter Konsens über die folgenden kausalen Zusammenhänge:

1. Die Krise der parlamentarischen Demokratie war eng mit einer schweren Wirtschaftskrise verbunden, wie z.B. der in Deutschland im Oktober 1929 ausbrechenden Krise. In einer solchen Zeit sehen sich Millionen von Menschen damit konfrontiert, dass es keinen Ausweg in „normalen“ Verhältnissen für ihre materielle und moralische Not gibt. Sie sind in einer solchen Zeit eher als unter den Bedingungen eines größeren Wohlstandes bereit ihr Heil in „unnormalen“ Abenteuern zu suchen. Massenarbeitslosigkeit, Bankrott von mittelständischen Unternehmen, starker Rückgang des Lebensstandards der sog. freien Berufe begünstigen die

politische Radikalisierung, im Allgemeinen die von rechts stärker als die von links. Die Entstehung von breiten Schichten von verzweifelten und sozial abgestiegenen Randgruppen in der Gesellschaft begünstigt Aufkommen und Stärkung von *Desperado*-Organisationen und Schlägertrupps wie die der klassischen Faschisten. Je länger die Krise andauert, je mehr das Bewusstsein wächst, dass sie mit einer „normalen“ Regierungsform nicht überwunden werden kann, umso stärkeren Widerhall findet der Ruf nach einem „starken Mann“, d.h. nach einer Diktatur oder zumindest nach einem autoritären Regime.

2. In einer Wirtschaftskrise und (oder) in einer schweren Gesellschaftskrise wird innerhalb der herrschenden Klasse der Wunsch stärker, den Umfang der Sozialausgaben zu verringern, die Löhne einzufrieren, soziale Konflikte auszuschalten, Streiks zu erschweren oder zu verbieten, die Rechte der Gewerkschaften einzuschränken usw. als in einer Zeit eines schnellen Wirtschaftswachstums, das beiden „Sozialpartnern“ die Möglichkeit bietet, ihre Einkommen zu steigern, da sich durch den „größer werdenden Kuchen“ keine Verteilungsprobleme ergeben. Das erklärt, dass in einer Wirtschaftskrise mehr Geld des Großkapitals radikal rechten

und auch faschistischen Gruppen zufließt. Das bedeutet nicht, dass das Bürgertum ausschließlich die äußersten Rechten begünstigt oder von Anfang an der faschistischen Richtung zuneigt. Es bedeutet aber durchaus, dass das Bürgertum eine solche „Lösung“ seiner sozio-ökonomischen und politischen Probleme nicht mehr ausschließt und diese Möglichkeit als eine unter anderen betrachtet. Das übrige hängt dann von den Machtverhältnissen und der konkreten politischen Entwicklung ab.

3. Wenn es einer bestimmten rechtsextremen oder ganz offen faschistischen Gruppe gelingt, bedingt durch die Wirtschaftskrise und die am Anfang geringe Unterstützung durch das Großkapital, ein bestimmtes Niveau an Glaubwürdigkeit, Repräsentativität und politischem Einfluss (einschließlich Vertretung im Parlament) zu erreichen, so wird viel Geld aus den Kreisen des Großkapitals in diese Richtung zu fließen beginnen. Man kann das als eine Art von „Versicherungsprämie“ interpretieren. Man kann es mit der Hoffnung auf Verwirklichung bestimmter politischer Pläne in Verbindung setzen. Aber wie diese Verhaltensweise auch ausgelegt werden mag, sie ist beispielsweise in Deutschland in den Jahren 1931 und insbesondere 1932

unzweifelhaft festzustellen. Während ursprünglich nur einige Ausnahmepersonen unter den Großkapitalisten (Thyssen, Kirdorf, Reemtsma) die Nazis öffentlich unterstützten (auch Ford aus den USA), wuchs sich diese Unterstützung zu einer breiten Finanzierung aus zahlreichen kapitalistischen Kreisen aus, nachdem Hitlers Partei sich als die wichtigste Kraft auf der Rechten erwiesen hatte.

4. Eine faschistische Diktatur kann ohne grünes „Licht“ maßgeblicher Kreise des Großkapitals nicht aufgerichtet und schon gar nicht gefestigt werden. Das wichtigste Glied in der Kette der Ereignisse, die zur Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 führten, war das berühmte Treffen bei Bankier Baron von Schroeder, auf dem Hitler sein Programm

(umgeformt, um den Anwesenden nach dem Mund zu reden – seinen Auffassungen blieb er aber treu!) in Anwesenheit der *führenden Vertreter* des deutschen Großkapitals erläuterte. Die Vermittlerrolle, die der *Herrenclub* (Vereinigung der Bankiers, Großindustriellen, Großgrundbesitzer, hohen Offiziere der *Reichswehr*) zwischen Reichspräsident von Hindenburg – der durch seinen in den Osthilfeskandal, den Hitler totzuschweigen zusagte, verwickelten Sohn beeinflusst wurde – und den Nazis gespielt hat, ist ebenfalls allgemein bekannt. Nach Beseitigung der demokratischen Freiheiten in Deutschland wurde eine „gelenkte Wirtschaft“ eingerichtet, in der in jedem Unternehmen *zugunsten des Unternehmers* das *Führerprinzip* galt, in der die Unternehmen ausschließlich von Industriellen

geführt wurden (Parteifunktionäre der Nazis spielten dabei keine Rolle), in der es zu „Zwangszusammenschlüssen“ zugunsten der Großunternehmen kam und in der die kapitalistischen Gewinne steil in die Höhe gingen. Im Jahr 1938 lagen die Gewinne bei gleicher Gesamtlohnsumme wie im Jahr 1928 um das Dreifache (Steigerung um 300%!) über den Gewinnen des Vorjahres. Es muss nicht weiter darauf eingegangen werden, dass auch andere Aspekte der Nazi-Politik (Wirtschaftsexpansion, dann internationale Aggression) den Wünschen zumindest eines Teils des Großbürgertums entgegenkamen und dass die Mehrzahl der Großunternehmen daran stark beteiligt war und in gewaltigem Maße davon profitiert hat.

5. Der ideologische Hintergrund der





Prozesse, die zur Entstehung eines faschistischen Regimes führen, wird vor allem durch das Aufkommen eines extremen Nationalismus (bis an die Grenze der Hysterie), einen zunehmenden Rassismus und einen größeren Anteil irrationaler, „magischer“ und mythischer Elemente in der Politik bestimmt. D. h. die geringere Sensibilität des Durchschnittsbürgers gegenüber Gewalt und Unrecht, seine abnehmende Bereitschaft, dagegen aktiv aufzutreten. In Deutschland wurde die Entstehung einer solchen ideologischen Atmosphäre durch den Krieg, den Vertrag von Versailles und die extremistischen Reaktionen auf den Vertrag gefördert. Diese Elemente wurden jedoch nur durch die Krise zu einem explosiven Gemisch. Sie führten dann zum Ausbruch einer wahren Hysterie und Gewalttätigkeit von Seiten der Nazis und ihrer Bundesgenossen, zu wachsender Panik, Angst und Passivität bei der Mehrheit der Mitbürger (mit der rühmlichen Ausnahme von Aktivisten aus der Arbeiterbewegung, von Katholiken und kleineren Kreisen humanistisch geprägter Intellektueller und Jugendlicher). Das Bürgertum hat das zunächst als „kleineres Übel“ toleriert (im Vergleich zum „marxistischen Klassenkampf“ während der Krise), später stärker daran mitgewirkt. Man darf nicht vergessen, dass die Ursachen für Nationalismus und Rassismus bereits in der Kaiserzeit entstanden und u. a. in Äußerungen von Wilhelm II. und seinen Würdenträgern häufig anklingen (beispielsweise bei der Abreise des deutschen Expeditionskorps nach Peking: „Pardon wird nicht gegeben, Gefangene nicht gemacht, verhaltet Euch so, dass die Chinesen noch in tausend Jahren mit Schrecken von Euch sprechen, wie wir von den Hunnen.“)

Der zynische Bruch mit allen Regeln des Rechtsstaates, die extreme Verherrlichung von Macht und *Realpolitik* kam

außerdem zum ersten Mal außerhalb Europas zum Tragen, nämlich gegenüber kolonialen und halbkolonialen Völkern. Das typisch Neue des Faschismus ist der Versuch, diesen extremen Bruch mit jeder humanistischen Moral aus den Ländern der „Dritten Welt“ (wo er auch von „liberalen“ europäischen Bürgern systematisch unternommen wurde) nach Europa selbst zu übertragen, um zunächst die deutsche Arbeiterklasse und in der Folge zahlreiche europäische Völker zu Untertanen ohne Rechte zu machen, die nur noch dafür gut waren, gehorsame oder sogar koloniale Sklaven zu sein.

Die heutige Krise ist (noch?) weniger stark als die von 1929-1933, und wir stehen somit am Anfang von Prozessen, wie sie in Deutschland in der damaligen Zeit abliefen. Die Parallele, die wir zwischen dem Wiederaufleben von Neofaschismus und Rassismus in der EG [Vorläufer der EU] in den letzten Jahren und den Ereignissen in Deutschland in den zwanziger und am Anfang der dreißiger Jahre ziehen können, bezieht sich lediglich auf die in den Ziffern 1. und 2. (teilweise auch in Ziffer 5.) dargestellten Aspekte. Das gilt insbesondere für Italien und Frankreich, in geringerem Maße für andere EG-Länder (obwohl Ansätze zu solchen Prozessen in allen EG-Ländern vorhanden sind). Die Verbindungen zwischen der Loge P2 und dem darin vertretenen Großkapital einerseits und extrem rechten Gruppen andererseits (einschließlich Teilen der konservativ ausgerichteten Parteien, die bereit waren, mit ihnen zusammenzuarbeiten) wurden in zahlreichen Analysen verdeutlicht. Man muss kein Anhänger einer Verschwörungstheorie sein, um festzustellen, dass extrem rechte Ideologien und Absichten in einer Zeit starker gesellschaftlicher und politischer Spannungen, die von einer sich verschärfen-

den Wirtschaftskrise begleitet werden, wie sie in Italien während der 70er Jahre herrschte, zumindest bei Teilen des Großbürgertums und führenden Kreisen von Armee und Politik stärkeren Anklang fand als zuvor. Auch in Frankreich ist das seit der Wahl von Mitterrand ohne Zweifel der Fall.

Die organisierte Arbeiterbewegung und überzeugte Antifaschisten – die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung und der Wähler der EG – müssen sich der Gefahren bewusst werden und alles unternehmen, um das Wiederaufleben von Faschismus und Rassismus im Keim zu ersticken. Kommen wir in eine Phase, wie sie in Ziffer 3. meiner Analyse dargestellt ist, dann ist die Gefahr bereits riesengroß. Am Ende des Weges stehen nicht nur der Verlust der demokratischen Freiheiten, des politischen und ideologischen Pluralismus, die Zensur, die Verbrennung von Büchern, die Abschaffung des Streikrechts, die Ausschaltung der Gewerkschaftsbewegung, am Ende dieses Weges stehen Dachau, Buchenwald und Auschwitz, die vollständige Negierung von Menschenrechten und Menschenleben, ungeachtet, welches die „bevorzugten“ Opfer oder Henker auch immer sein mögen. Das muss mit allen Mitteln verhindert werden, das darf in Europa nicht zum zweiten Mal geschehen. ■

\* [Aus: PE 97.547/endg./Anl.44 (Sitzungsdokumente des Europäischen Parlaments 1985-86), abgedruckt in *Inprekorr* Nr. 254 von Dezember 1992, S. 25 u. 26.]

# Trauerspiele, in Chemnitz und in Berlin

HELMUT DAHMER

**Am 27. August 2018 ereignete sich im sächsischen Chemnitz (vormals „Karl-Marx-Stadt“) ein Wunder – nicht das erste dieser Art. Dort hatte sich die Nachricht verbreitet, am Rande eines Stadtfests sei am Vorabend ein 35jähriger, David H., bei einer Auseinandersetzung mit Ausländern erstochen worden. Zuvor habe er noch versucht, eine deutsche Frau vor Zudringlichkeiten zu bewahren ...**

Sogleich riefen verschiedene rechte Organisationen – an denen in Chemnitz seit DDR-Zeiten kein Mangel ist – zu einem „Trauermarsch“ auf, und alsbald versammelten sich fünf- bis sechstausend Menschen, die diesem Ruf folgten. Ihnen standen etwa tausend Chemnitzer gegenüber, die begriffen, dass an dieser „Volkstrauer“ etwas faul war, und darum auf die „Ausländer raus!“-Sprechchöre mit der Losung „Herz statt Hetze“ antworteten. Am 1. September, dem Jahrestag des „Ausbruchs“ des Zweiten Weltkriegs, kam es dann zu einer Wiederholung dieser Demonstration, an der sich nun etwa 8.500 „Trauernde“ aus Nah und Fern beteiligten, diesmal eskortiert von einem großen, überregionalen Polizeiaufgebot.

Die vor Fremden in Schutz genommene Frau hatte sich da bereits in Luft aufgelöst. Zwei Angreifer wurden verhaftet, einer von ihnen kam nach drei Wochen mangels Beweisen frei, ein dritter verschwand spurlos. Allmählich hatte sich auch herumgesprochen, dass es sich bei dem Getöteten um den Sohn eines kubanischen Vaters und einer deutschen Mutter handelte, der politisch eher „links“, nämlich antifaschistisch, eingestellt gewesen sei. Nach den rassistischen Kriterien der Neofaschisten vom Schlage des „Nationalso-

zialistischen Untergrunds“ (NSU), die Menschen „anderen“ Aussehens, „anderer“ Herkunft, „anderer“ Hautfarbe kurzerhand „Alis“ nannten und sich aus dieser „Gruppe“ ihre Opfer suchten<sup>1</sup>, wäre David H. – ein Mensch „mit Migrations-Hintergrund“ und noch dazu eine „linke Zecke“ – für sie ein ideales Hass-Objekt gewesen. In diesem speziellen Fall aber wurde David H. von den Rechten nicht als „Ali“ verbucht, sondern – ohne Ansehen seiner Person – als „einer von uns“, also als deutscher Volksgenosse behandelt; (nur) darum schrie das von „Fremden“ vergossene Blut nach Rache ...

Dass ein paar Tausend Chemnitzer und viele Zugereiste von plötzlicher Empathie für einen Unbekannten derart übermannt wurden, dass sie ihre, vom Zorn auf „die üblichen Verdächtigen“ befeuerte Ergriffenheit öffentlich demonstrierten, gehört zu den Wundern der Gegenwart, die es zu entzubern gilt. Hatte etwa die Chemnitzer Trauergemeinde die sattsam bekannte, der Mehrheit der Nachkriegsdeutschen bescheinigte „Unfähigkeit, zu trauern“ überwunden? Waren sie endlich von der Liebe zum Nächsten (unter ihresgleichen) zur Liebe auch zum Fremden und Fernen übergegangen, von der Heimat- zur Welt- und zur allgemeinen Menschenliebe?

Da marschierten Tausende, die beim jährlichen Gedenken an die Chemnitzer „Reichskristallnacht“ (1938) und an die Opfer des Holocausts auf dem Stephansplatz fehlen, und nie auf den Gedanken kämen, am 27. Januar ihre Trauer für die Millionen in Auschwitz Umgebrachten zu bekunden – die Tausende, denen die Mordopfer der „NSU-Zelle“ im benachbarten Zwickau so gleichgültig blieben wie die des einstigen Modell-Konzentrationslagers „Sachsenburg“ vor ihrer Haustür und die ungerührt das „Schicksal“ jener anderen Tausenden zur Kenntnis nahmen und nehmen, die auf ihrer Flucht nach Deutschland in der Sahara verdursten oder im Mittelmeer ertrinken.

Die trauernd Protestierenden bildeten eine stumme, zornbebende Menge von Mitläufern, die sich widerstandlos von kleinen Gruppen lautstarker Vorsprecher bevormunden ließ, die „Ausländer raus!“ skandierten und mit erhobenem Arm den längst verewigten Führer des deutschen Menschenfresser-Staats hochleben ließen, so, als lebten sie noch in der grandiosen, zwölfjährigen „Vogelschiss“-Zeit, wie sie kürzlich Gauland, der oberste AfD-Jägermeister, zu ihrem Vergnügen nannte.

Sind alle Trauermarschierer verkappte Nazis? Nein. Sie sind die

<sup>1</sup> Vgl. dazu Truscheit, Karin (2017): „Eine Diät-Wette und die Morde des NSU.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ), 28. 7. 2017, S. 4.



Nachfolger jener 11,7 Millionen (oder 33 Prozent) der Wähler, die bei den letzten freien Reichstagswahlen im November 1932 für Hitlers Partei und seine „braunen Bataillone“<sup>2</sup> stimmten. Und sie wissen so wenig wie einst ihre Groß- und Urgroßeltern, was sie umtreibt und was sie tun. Jene Vorfahren wurden erst von Hitler und Himmler, dann von Ulbricht und Mielke zu verschreckten Untertanen erzogen. Und allzu viele der in solchen Familientraditionen Aufgewachsenen trauern noch immer den Wohlfahrtsdiktaturen nach, die den „Unseren“, wohlgemerkt: nur den Unseren, Arbeit und Brot be-

scherten, sofern sie nicht aufmuckten, taten, was immer von ihnen verlangt wurde, und nachschrien, was die amtierenden Propagandaminister ihnen soufflierten.

Zurück zum Chemnitzer Mirakel. Viele Nachkommen der Gefolgsleute jener Diktaturen, die die Geschichte stillzustellen suchten, haben sich aus den Stromschnellen der Gegenwart in eine Traumwelt des kollektiven Narzissmus' geflüchtet, die (wie andere Traumwelten) leicht zu einem Albtraum wird. Wo aber geträumt wird, braucht es Traumführer, und die schritten denn auch zufrieden den im Volkstraum Befangenen auf Chemnitzer Straßen voran.

Eine brisante Mischung von „Betroffenheit“, Trauer, Zorn und Empörung diente als Gefühlskitt, der die Menge zusammenhielt, die sich vor dem 40 Tonnen schweren Dickkopf Karl Marxens sammelte. Dem SED-Regime entkommen, war dieser Marx den Protestlern gleichgültig, der seinerseits gelassen über die Aufgeregten hinwegzusehen schien. Seit dem Marx der Psychologie, Sigmund Freud, ist bekannt, dass sich am Grunde einer jeden Trauer etwas verbirgt, das er „Hassbefriedigung“<sup>3</sup> nannte. Und so brach sich denn auch an den Rändern des Aufmarschs der geballte Hass der „trauernden“ Menge ungehemmt Bahn.<sup>4</sup>



<sup>2</sup> Die Welle der Zustimmung wuchs dann im März 1933 auf 17 Millionen an (und das entsprach 43,9 Prozent der abgegebenen Stimmen).

<sup>3</sup> Freud, S. (1915): „Zeitgemäßes über Krieg und Tod.“ *Gesammelte Werke*, Bd. X, Frankfurt (Fischer) 1963, S. 349.

<sup>4</sup> Wollte man Filmaufnahmen der Chemnitzer Szenen musikalisch untermalen, böte sich zunächst Chopins pompöser Trauermarsch an. Der aber müsste dann von einem der alten, bösen Lieder unterbrochen werden (etwa „Kamraden, die von Asylantenhand erstochen“)...

Da kam es zu „unschönen“ (Seehofer) Szenen, zu „Ausschreitungen“ authentischer Biodeutscher gegenüber eher „undeutsch“ Aussehenden.<sup>5</sup> (Der anschließende Streit über die Frage, ob man diese Attacken, die auf Video-Aufnahmen festgehalten wurden, „Hetzjagden“ nennen dürfe – und ob es solche überhaupt gegeben habe –, hätte beinahe zum Bruch der „Großen Koalition“ und zu Neuwahlen geführt, die die regierenden Parteien über alles fürchten.)

Gemischte Gefühle, vermischte Gerüchte, widersprüchliche Berichte und – unvereinbare Deutungen. Was war in Chemnitz eigentlich geschehen, was bedeutet das, und was wiegt schwerer: „Volks“-Trauer oder „Volks“-Zorn, Asylan-Untat oder Migranten-Hatz? Darauf gibt es keine Antwort, weil schon die Frage falsch, nämlich ethnozentrisch gestellt ist. Weder repräsentierten ja der oder die Messerstecher jene Millionen Menschen, die seit Krieg und „Wiedervereinigung“ bei uns einwanderten, noch war das imaginäre „Volk“ identisch mit den zornig Trauernden und ihren Demagogen auf der einen oder den Gegendemonstranten auf der anderen Seite.

Hätte ein deutscher Hooligan am Rande des Chemnitzer Stadtfests einen deutschen oder ausländischen Touristen erschlagen, hätten kaum Tausende auf Straßen und Plätzen um ihn getrauert oder gar die Kneipe demoliert, vor der das Verbrechen geschah.

Die (von in solchen Fällen stets wieder aufgebracht Gerüchten umspielte) Meldung, einer ihrer Mitbürger sei von Fremden umgebracht worden, aktivierte die schwelenden Ängste vor Überfremdung und Übervorteilung und die Suche nach den für diese Gewalttat und für die Misere der Gegenwart Verantwortlichen.

Die Demagogen, die den Trauerzug anführten und in seinem Schutz agitierten, wännen (oder geben doch vor), sie hätten die Schuldigen längst gefunden: die regierenden Parteien, die das „Volk“ an die hereinströmenden Fremden „verrieten“, statt das Land zu einer Festung auszubauen, die Wohlfahrt der eigenen Leute auf Dauer zu sichern und den Volkskörper von allem Fremden zu reinigen. Im Gefolge der allgemeinen „Verunsicherung“ durch die große Finanzkrise und durch das Auftauchen der Vorhut des verelendeten Teils der Menschheit an den EU-„Außengrenzen“ fanden sie bei allzu vielen Gehör, gab es doch kaum jemanden, der sich getraut hätte, „den Menschen draußen im Lande“ reinen Wein einzuschenken, ihnen also die Finanzkrise und die internationale Migrations-Misere verständlich zu machen. Den die Regierung stellenden Parteien fiel dazu nur das Gestammel ein, man müsse „die Sorgen der Menschen ernstnehmen“. Das aber sind gerade jene Sorgen, die die Besorgten selber nicht verstehen.

Immer mehr von ihnen versuchen nun, sich das, was ihnen unheimlich ist,

weil sie es nicht verstehen, bipolar – nach dem alten Schema „wir“ gegen „sie“ – zurechtzulegen.<sup>6</sup> Krisen und Kriege, Globalisierung und Klimawandel, Digitalisierung und Sozialabbau gelten ihnen als Machenschaften dunkler Kräfte, gegen die nur eines helfe: Sich (wie in Chemnitz) zusammenzurotten, das „Eigene“ mit Zähnen und Klauen zu verteidigen, und alle, die nicht zum Stamm gehören, samt den „Volks-Verrätern“ zu verjagen ...

Der Totschlag eines Mitbürgers brachte bei Tausenden von Chemnitzern das Fass der Ressentiments zum Überlaufen. Ressentiment-Geladenen aber präsentiert die soziale Welt sich als eine des (ewigen) Kampfes von Wir-Gruppen gegen Fremdgruppen um knappe Ressourcen. Ihr Boot ist immer schon voll, und sie laufen jedem nach, der Deutschland den Deutschen verspricht oder „America first“ zum Regierungsprogramm macht.

Die große Chemnitzer Demonstration der Verängstigten und Besorgten stand im Zeichen des verhohlenen Ethnozentrismus, der die Trauer borniert und den die Trauer maskiert. Video-Aufnahmen von Attacken trauernder auf „Dunkelhäutige“ aber brachten den xenophoben Unter- und Hintergrund dieser Kollektiv-Trauer an den Tag.

Gerade hatte der fatale CSU-Innenminister und Heimatdichter<sup>7</sup> Seehofer den Einfältigen im Lande die Welt noch einmal erklärt. Einzig die „Migration“, sagte er, Beifall heischend (mit Blick auf

<sup>5</sup> „Zeugenaussagen und [...] Filmaufnahmen ergeben [...] ein deutliches Bild dessen, was am 26. und 27. August und in den Tagen danach in Chemnitz geschah: Zahlreiche Ausländer wurden tätlich angegriffen, bedroht und beschimpft. Einem Mädchen wurde das Kopftuch heruntergerissen, es wurde geschlagen. Rechte verfolgten minutenlang eine Gruppe junger Sozialdemokraten, einige fielen zu Boden, einige wurden getreten, die Polizei habe gerufen: ‚Rennt schnell weg!‘ Ein Dutzend Vermummte überfielen, mit Steinen bewaffnet, das jüdische Restaurant Schalom. Das sind nur wenige Beispiele von vielen.“ Baumgärtner, Maik, u. a. (2018): „Im Nebel.“ *Der Spiegel*, 15. 9. 2018, S. 19.

<sup>6</sup> Carl Schmitt, der faschistische Staatsrechtler, hat einst aus dem Ethnozentrismus (eben dem „Freund-Feind-Denken“) eine ganze „Theorie des Politischen“ gemacht.

<sup>7</sup> Vgl. dazu Seehofers Gastbeitrag in der FAZ vom 29. 4. 2018: „Warum Heimatverlust die Menschen so umtreibt.“



die bevorstehenden bayrischen Landtagswahlen und die Konkurrenz der Rechten), sei „die Mutter aller (politischen) Probleme“ in Deutschland. Im Umkehrschluss heißt das aber, wenn es gelänge, weitere Migrationen zu stoppen, besser noch, bereits erfolgte Einwanderung rückgängig zu machen, wären all unsere Probleme gelöst. Gerade so sagen es die Nazis von heute, die keine sein wollen, schon seit vielen Jahren. In der Albtraumwelt dieser Demagogen und ihrer Klientel sind an die Stelle der „gelben“ Gefahr, vor der die Altvordern zitterten, und der „roten“, gegen die Hitler seinen „Vernichtungskrieg“ führte (und vor der die Nachkriegs-CDU unablässig warnte),

die heutigen Migranten (vor allem die muslimischen) getreten. Sind aber (einzig) die Migranten unser Unglück, dann darf es die andere Gefahr, die von den Übeltätern in unserer Mitte ausgeht, die sich in Chemnitz (wie zuvor schon an vielen anderen Orten) in „Menschenhatz“ üben, eigentlich gar nicht geben. Denn sie sind die lebendige Erinnerung daran, dass es auch unter lauter Bio-deutschen Probleme und Gefahren gibt. Besser wäre es also, die „unschönen“ Ereignisse kurzerhand zu leugnen, am allerbesten: sie nachträglich irgendwie ungeschehen zu machen. Zwar „geschahen die Exzesse [in Chemnitz] vor aller Augen“<sup>8</sup>, doch kann nicht sein, was – aus Gründen der CSU-Staatsräson –

nicht sein darf.

Der (medialen) Verleugnung (ver-)störender Dokumente zwecks Begradigung der Anti-Migrations-Heimatfront widmete sich, wenig überraschend, der amtierende „Verfassungsschützer“ Maaßen<sup>9</sup>, ein Seehofer-Adlatus, der in der Bild-Zeitung behauptete, bei dem inzwischen berühmt gewordenen Video, das eine der „Hetzjagden“ auf Ausländer zeigt, handele es sich („möglicherweise“) um den Versuch interessierter Kreise, mit manipuliertem Bildmaterial vom „eigentlichen“ Verbrechen (dem „Mord“ an David H.) „abzulenken“.<sup>10</sup> Als gewiefter Geheimdienstler spickte er seine Behauptung spitzfindig mit allerlei Vorbehalten, die



<sup>8</sup> Locke, Stefan (1028): „Hoffen auf den Aufbruch.“ FAZ, 19. 9. 2018, S. 4.

<sup>9</sup> Zur Person Maaßens vergleiche den instruktiven Artikel von Helene Bubrowski (2018): „Das Brodeln hinter der Brille.“ *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. 9. 2018, S. 3.

<sup>10</sup> „Es gebe ‚keine Belege‘ für die Authentizität eines Videos, das zeigt, wie Rechte auf Migranten losgehen. Und ‚gute Gründe dafür, dass es sich um eine gezielte Falschinformation handelt, um möglicherweise die Öffentlichkeit von dem Mord in Chemnitz abzulenken.“ Baumgärtner, Maik, u. a. (2018), a. a. O. (Anm. 5).

es ihm später ermöglichen sollten, das Gesagte zu dementieren (oder es als falsch verstanden zu deklarieren).<sup>11</sup>

Maaßen sollte eigentlich (seit 2012) den durch die NSU-Affäre gründlich diskreditierten „Verfassungsschutz“ reorganisieren, um das „Vertrauen“ zu dieser dubiosen Truppe „wiederherzustellen“. Stattdessen reihte er sich nun würdig ein in die trostlose Galerie der „Verfassungsschutz“-Präsidenten, die (in den Jahren 1950-54) der berüchtigten, in die DDR „getürmte“ Otto John eröffnete hatte.

In dem Berliner Satyrspiel, das dem Chemnitzer Trauerspiel folgte, hielt Seehofer seinem Untergebenen und Gesinnungsgenossen Maaßen die Treue und arrangierte ihm zuliebe eine Umstrukturierung seines Ministeriums. Am Ende dieser Rochade – bei der es sich wahrlich nicht um eine bloße „Personalie“ handelt – sollte zunächst der bisher für „Innere Sicher-



heit“ zuständige Staatssekretär, dem auch der „Verfassungsschutz“ unterstand, in den Ruhestand abgeschoben, um für Maaßen Platz zu machen. Der wird nun belohnt, indem er nicht nur interimsmäßig weiterhin den „Verfas-

schutz“ leiten kann, sondern zudem einen sehr gut dotierten Platz im Innenministerium einnimmt ...

Deutschland, kein Sommermärchen!

(Wien, 20./27.09.2018) ■

<sup>11</sup> Maaßens Realitätsverleugnung schlossen sich – abgesehen vom AfD-Führer Meuthen – allsogleich der sächsische Ministerpräsident Kretschmer, der Pressesprecher der Oberstaatsanwaltschaft Dresden, Klein, und natürlich ... Horst Seehofer an.

#### Legende:

Die Bilder auf den Seiten 2, 5 und 8, zeigen die Sebrücke-Demonstration am 22. September 2018 in Mannheim. Alle Fotos: *Avanti*<sup>2</sup>. Das Bild auf Seite 7 zeigt den Protest gegen eine AfD-Veranstaltung am 17. September 2018 in Mannheim. Foto: Gerdtsche.

### Impressum:

ISO Rhein-Neckar  
Postfach 10 26 10  
D-68026 Mannheim  
Fon/Fax: +49 (0) 621/429 481 54  
Email: [info@iso-4-rhein-neckar.de](mailto:info@iso-4-rhein-neckar.de)  
Web: [www.iso-4-rhein-neckar.de](http://www.iso-4-rhein-neckar.de)

